

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 12.— M., bei Selbstabholung 11.— M. — Preis der Einzelnummer 50 Pfennig
Telephon für Kantor und Expedition: 2721 und 4506
Postcheckkonto Nr. 53477 :: :: **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 3.— M., bei Platzvorschrift 3.00 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.40 M., Reklame-Kolonelle 12.— M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Stand der Steuerfrage.

Verhandlungen mit den Rechtsparteien.

Am 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend beim Reichskanzler Verhandlungen über das Steuerkompromiß statt. Vertreter waren, wie die Freiheit mitteilt, neben den beiden Regierungsparteien Zentrum und Sozialdemokraten auch Demokraten, Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei. Die Zuziehung der letzteren scheint auf die Absicht der bürgerlichen Parteien hinzudeuten, mit dem Steuerkompromiß die Regierungserweiterung nach rechts zu verbinden. In der Sitzung wurde auch die Frage der Zwangs-Goldanleihe behandelt. Zu einer Verständigung in dieser Frage ist es ebensowenig gekommen wie zu einer Übereinstimmung in der Frage der Verbrauchs- und Besitzbesteuerung, so daß feststeht, daß der Reichskanzler in der heutigen Sitzung die geplante große Rede nicht halten wird. Von den Rechtssozialisten wurde in der Sitzung die Verzinsung der Zwangsanleihe durch Industrie und Landwirtschaft vertreten. Von anderer Seite wurde demgegenüber der Vorschlag gemacht, die Anleihe für die erste Zeit überhaupt nicht verzinslich zu gestalten und für später niedrige Zinssatzungen in Aussicht zu stellen. Die in der Sitzung gemachten Vorschläge werden gegenwärtig in den Fraktionen beraten. In der rechtssozialistischen Fraktion erstattete Hermann Müller Bericht über die Verhandlungen. Nach kurzer Debatte hat sich die sozialdemokratische Fraktion heute nachmittags vertagt. Das Berliner Tageblatt schreibt zu den Verhandlungen, daß ein Weg zur Annäherung dadurch gefunden sei, daß die Mehrheitssozialisten die Erfassung der sogenannten Goldwerte bereitzustellen gelassen haben und jetzt mit den andern Parteien über die Modalitäten einer Zwangsanleihe verhandeln, die an die Stelle der Sachwert-erfassung treten sollte. Es sei klar, daß eine Regierung Seiffersitz-Stresemann sich ebensowenig halten könne wie eine rein sozialistische Regierung, und daß der Ausweg von Neuwahlen, auf den Loeb in seiner Rede vom Sonntag hingewiesen habe, im gegenwärtigen Moment höchst unzeitgemäß sei. Das Blatt hofft deshalb, daß die Koalition der Mitte die vom Schicksal gegebene Notwendigkeit einsehen und sich für das notwendige Kompromiß zusammensuchen werde. In der Politik komme es nicht nur darauf an, daß man das Richtige tue, es sei erforderlich, daß das Richtige zur rechten Zeit geschehe.

Der Vorwärts äußert sich sehr unzufrieden über die Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei zu den Verhandlungen. Er sagt: „Die Zuziehung der beiden Volksparteien war nicht geeignet, die Stimmung der Fraktion zu bessern, denn niemand will, daß die Steuerfrage in die Bahn der großen Koalition gedrängt wird. Wenn die bürgerlichen Mittelparteien eine Politik in ihrem Sinne machen wollen, ohne auf die Forderungen der Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen, dann werden sie den Partner, den sie zur Mehrheit brauchen, nicht links, sondern weit rechts, ganz rechts suchen müssen.“ Im übrigen erklärt der Vorwärts noch einmal, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt sei, von der Forderung der Erfassung der Goldwerte zunächst in der Form einer Zwangsanleihe abzugeben. Das Widerstreben der bürgerlichen Parteien gegen diesen Gedanken sei um so weniger verständlich, weil jeder Politiker unterrichtet sei, daß die Zwangsanleihe ja doch kommen werde. Wären sie bereit, die Regierung Wirth stürzen zu lassen, um in ein paar Wochen doch zu tun, was zu beschließen sie sich einstweilen scheinbar auf jede Konsequenz hin weigern? Der Vorwärts sagt weiter, es habe sich herausgestellt, daß auch über andre Fragen, wie über die Höhe einzelner Verbrauchssteuern, die Umsatzsteuer der Genossenschaften, die Bemerkung der Grundstücke bei der Vermögenssteuer, erhebliche Meinungsverschiedenheiten beständen. Die Situation werde durch den Umstand kompliziert, daß bis zum 27. Januar der Garantieplan vorgelegt werden soll, und daß der Reichskanzler zuvor mit einer Erklärung vor den Reichstag treten müsse, deren zustimmende Aufnahme durch die Volksvertretung ihm erst die nötige Autorität gegenüber dem Auslande sichere. Er sagt zum Schluß: „Einstweilen werden die Aussichten, eine Lösung zu finden und die niemandem willkommenen Reaktionskräfte zu vermeiden, wenig günstig beurteilt.“

Stinnes auf dem Sprungbrett.

Ein bürgerlicher Demokrat über den bevorstehenden Umfall der SPD.

In der Welt am Montag nimmt v. Gerlach zu dem Problem der Steuerfrage Stellung. Unter der Stichmarke „Große Koalition — großer Kuddelmuddel“ weist er darauf hin, daß auf den Rechtssozialisten wieder einmal „die ganze Verant-

wortung für den Kurs der deutschen Politik laste“. Er kennzeichnet die gegenwärtige Situation weiterhin, indem er schreibt:

„Die beiden sozialdemokratischen Parteien sind für die Steuer auf die Sachwerte. Sie wissen, daß nur diese radikale Reform unsere Finanzen einigermaßen gesund machen kann. Sie wissen, daß die steuerliche Gerechtigkeit, die bisher in Deutschland ein Hohnotwort war, nur durch diese Maßregel auf den Thron gebracht werden kann. Sie wissen, daß diese Steuer, die an die Quelle geht, auch wirklich das bringen wird, was sie bringen soll, während jede andre direkte Steuer auf dem Wege der Veranlagung und Erhebung verfaßelt wird und sich verfaßelt. Sie wissen, daß die gesamte Arbeiterschaft, ohne jeden Unterschied der Färbung, ja, daß weit darüber hinaus alle Lohn- und Gehaltsempfänger die Steuer auf die Sachwerte leidenschaftlich begehren als eine wahrhaft soziale Tat, als den, wenn auch späten, so doch dafür um so wirksameren Ausgleich gegenüber der bisherigen Ungerechtigkeit der Steuerabgabe vom Arbeitseinkommen. Sie wissen schließlich auch, daß nichts mit solcher Sicherheit zur Beseitigung der unseligen Spaltung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen führen würde, wie ein gemeinsames unter der gemeinsamen Parole: „Erfassung der Sachwerte!“ geführter Wahlkampf.“

Dennoch zögern die Mehrheitssozialisten, diese Parole zum Paradigma ihrer Stellungnahme zu machen. Sie scheinen noch zu zögern, denn innerlich ist die Mehrheit der Abgeordneten wohl schon zum Umfall entschlossen. Ich bin davon überzeugt, seitdem ich die Breslauer Rede Franz Krügers vom 12. Januar gelesen habe, die eine einseitige Vorbereitung auf das Kompromiß war. Franz Krüger aber wird von allen Sachkennern als das sozialdemokratische Barometer angesehen.

Politisch wäre das Verhalten der Sozialdemokratie unverantwortlich. Es ist einfach ein Rückfall in jene Schein-opportunistische Taktik, die während des Krieges die Mehrheitssozialdemokratie so peinlich kompromittiert hat. Auch da bewilligte man noch die Kriegskredite einer erregationären Regierung selbst zu einer Zeit, als die Zustände in Deutschland geradezu ein Jahn selbst auf die bescheidensten — ich sage gar nicht: sozialistischen, nein, einfach demokratischen — Mindestforderungen geworden waren. Man zog den faulen „Burgfrieden“ einem ehelichen innerpolitischen Kampf vor, verlängerte dadurch den Krieg und änderte doch nichts an seinem jammervollen Ausgang.“

Und welche Wirkung wird dieses faule Steuerkompromiß, dieser neue Umfall der Rechtssozialisten, dieser abermalige Verrat der Interessen der Arbeiterklasse zeitigen? Gerlach schildert sie also:

„Das Steuerkompromiß ist der unmittelbare Vorläufer, wenn nicht einfach die Weiterentwicklung der „großen Koalition“. Mit andern Worten: mit dem Verzicht auf die Erfassung der Sachwerte legt die Sozialdemokratie gleichzeitig die Deutsche Volkspartei in die gleiche Machtposition im Reich, die sie ihr in Preußen bereits eingebrannt hat. Hugo Stinnes, längst der Industriekaiser Deutschlands, wird nunmehr auch politischer Mitregent.“

Der Waffensund in Heidenau.

Ein Brief Renaudels an Poincaré.

Paris, 23. Januar. Der aus Deutschland zurückgekehrte Pierre Renaudel hat an Poincaré einen Brief gerichtet, den er im Populaire veröffentlicht hat. Er wendet sich darin gegen die Behauptung Poincarés in seiner Parlamentrede vom Donnerstag, die Arbeiter von Heidenau hätten die Saubriten verstoßen. Renaudel erklärt, er habe nach dem Zwischenfall von Heidenau dort gesprochen. Die Tatsachen hätten sich ganz anders vollzogen, als Poincaré sie im Parlament mitgeteilt habe.

Die erste Note Poincarés an die englische Regierung.

Paris, 24. Januar. (Berliner Lokal-Anzeiger.) Die erste der Noten der französischen Regierung an die englische Regierung ist abgefaßt worden. In ihr wird zunächst eine Darlegung der historischen Vorgänge gegeben, die zu den Verhandlungen über das englisch-französische Garantieabkommen geführt haben. Sie enthält ferner den französischen Standpunkt und die Abänderungen, die Poincaré an dem veröffentlichten Projekt wünscht. Die Frage der Konferenz von Genoa ist nicht behandelt.

Paris, 23. Januar. Wie der Matin mitteilt, verlangt die französische Regierung von der englischen, daß der Schutzvertrag nicht für die Dauer von 10 Jahren, sondern für die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen werden solle. Die französische Regierung verlange ferner, daß jede Beteiligung der von den Alliierten besetzten Linien seitens Deutschlands als ein feindseliger Akt betrachtet werde, der den casus foederis schaffe. Ein deutscher Angriff gegen die englischen Linien im Rheinland solle ebenfalls als Kriegsakt betrachtet werden, durch den die französische Hilfe von selbst gegeben sei. Schließlich verlangt Frankreich, daß die militärische Hilfe zwischen den beiden Mächten in einer Militärkonvention klar zum Ausdruck gebracht werde.

Zwei Geschichtswerke.

H. B. Es ist noch nicht die Zeit gekommen, da eine Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands in voller Abgeschlossenheit geschrieben werden kann, aber das Buch Pragers* erfüllt trotzdem ein Bedürfnis und ist ein Verdienst. Ueber die Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratie, über ihren Ursprung und ihre Anfänge liegen die bunten Schiefer der Kriegszeit mit ihrer Anebelung des freien Wortes gebreitet. Vieles, was wichtig ist für ihre Geschichte, Aufrufe, Tagungsberichte, Neußerungen ihrer Führer usw. konnte unter dem Druck der Kriegszensur damals überhaupt nicht der breiteren Öffentlichkeit übermittelte werden. So war es z. B. unmöglich, ein wahrheitsgetreues Protokoll über den Gründungsparteitag zu Gotha in den Osiertagen 1917 herauszugeben, und die sehr abgeschwächten Berichte unserer Presse sind damals erst durch die Hände des Kriegszensurs gegangen und haben sich noch manche Verstümmelung gefallen lassen müssen. Dazu kommt, daß ein großer Teil unserer heutigen Parteigenossen zu jener Zeit im Felde war und von den Vorgängen in der Heimat nur dürftige und lückenhafte Nachrichten erhielt. Deshalb wird dieses Buch den Genossen, die damals nicht mit in der Arbeit für den Aufbau unserer Partei stehen konnten, zeigen, wie unsere Partei wurde, wie sie aus historischer Notwendigkeit geboren wurde und wie sie in schweren inneren und äußeren Kämpfen ihre historische Mission bis heute zu erfüllen gesucht hat. Diese Darstellung ihrer Vergangenheit wird allen Genossen das Verständnis ihrer Gegenwart erleichtern, wird sie das Wesen unserer Partei tiefer erfassen lassen und sie stärken für die schweren Aufgaben, die ihr noch bevorstehen, bis sie wieder in die große allgemeine sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgehen kann. Prager schreibt sein Buch mit den Worten: „Die Massen des Proletariats mit dem Geist des wissenschaftlichen Sozialismus zu erfüllen, sie mit Klarheit und Willen zu durchdringen, ihren Kämpfen führend voranzugehen, das wird auch künftig die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein.“ Das heißt nicht, daß die Partei sich als Selbstzweck setzt. Aber ganz richtig sagt Prager in seinem Schlußabschnitt: „Wie auch immer die Zukunft der Unabhängigen Sozialdemokratie sich gestalten mag, sie kann von der geschichtlichen Bühne nicht eher abtreten, bevor nicht die von ihr vertretenen Grundzüge verwirklicht sind. Kein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie hat den Wunsch, die Partei als Selbstzweck aufrechtzuerhalten oder über die Stunde hinaus, in der ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt ist: das von sozialistischem Blut erfüllte Herz der Arbeiterbewegung zu sein.“

Das Buch Pragers ein Recht hat, diese Sprache zu führen, dafür ist das Buch Pragers der sprechendste Beleg. Die Unabhängige Sozialdemokratie darf, so jung sie ist, so schwach ihre Organisation in entscheidenden Augenblicken war, von sich sagen, daß ihr Name unauslöschlich in die Geschichte des Deutschen Reiches und der deutschen Arbeiterbewegung eingetragen ist. Wie sie in der Kriegszeit den Sozialismus gerettet, die Internationalität der Arbeiterbewegung vor völliger Vernichtung bewahrt hat, so darf sie von sich sagen, daß sie in schweren Schicksalsstunden des deutschen Volkes und des deutschen Proletariats den Entschluß nach der Seite der politischen Vernunft gegeben hat, daß sie trotz numerischer Schwäche einen politischen Einfluß ausüben konnte, der in diesen Stunden den der Rechtssozialisten überwog, weil sie die sozialistische Erkenntnis, weil sie die große sozialistische Perspektive für sich hatte.

In schweren inneren Kämpfen, die jeder einzelne mit sich selbst ausfechten mußte, als es sich um die Entscheidung handelte, ob die Einheit der Arbeiterbewegung, ob die fest eingewurzelte Disziplin gegenüber der Mehrheit höher stehe als die Pflicht zur Vertretung der sozialistischen Grundzüge in kritischer Stunde, in solchen harten inneren Ringen und in schweren äußeren Kämpfen gegen eine engstirnige Parteibureaucratie und gegen die Gewalt des Militarismus, der seine unumschränkte Herrschaft in Deutschland ausgerichtet hatte, ist die Partei geworden. Sie hat ihr Heldengedankes gleich an der Wiege gehabt. Der Opfer, die damals gefallen sind, die außer Amt und Brot kamen, die in die Gefängnisse oder in die Schützengraben gesteckt wurden, sind viele, und Pragers Buch zählt einzelne Todesopfer zweifacher Verfolgung auf. Aufreibender aber fast noch als diese Kämpfe waren die Auseinandersetzungen, die schon in den ersten Tagen, als sich in der Opposition gegen den Kriegsozialismus die ersten Keime der USPD bildeten, mit den Ultra-Modikalen, den Deuten vom Spartakusbund und

* Eugen Prager, Die Geschichte der USPD, Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Partei Deutschlands. Berlin, Verlagsgesellschaft Freiheit, 239 Seiten, mit Sach- und Personenregister. Preis geb. 50 M. (Parteigenossen erhalten die Schrift durch die Parteiorganisation zu ermäßigtem Preise.)